



### Luftfahrt

## Airbus im Sinkflug

Bei der Daimler-Benz Aerospace Airbus aus der Luftfahrtsparte des Daimler-Benz-Konzerns droht ein noch stärkerer Beschäftigungsrückgang als bislang bekannt. Verschiedene Kostensenkungspläne, darunter das „Dolores“-Sparprogramm, sehen bislang schon vor, die Belegschaft bis 1998 von rund 16 000 auf nur noch gut 10 000 Mitarbeiter zu reduzieren. Branchenkenner bezweifeln jedoch, ob der Aderlaß ausreicht, um die Daimler-Tochter wieder wettbewerbsfähig zu machen. Denn im vergangenen Jahr verlor das europäische Airbus-Konsortium gleich mehrere wichtige Großaufträge an den amerikanischen Erzrivalen Boeing. Die Verkaufszahlen liegen nun wieder deutlich unter denen des wichtigsten Wettbewerbers (siehe Grafik). Kunden wie Malaysia Airlines und Singapore Airlines entschieden sich für das neuartige zweistrahlige Passagierflugzeug 777 oder das Modell 747 des US-Herstellers, weil in den Boeing-Maschinen deutlich mehr Passagiere unterzubringen sind als im Airbus. Außerdem boten die Amerikaner attraktive Rabatte. Die Europäer, die durch die verschachtelte Struktur des Airbus-Konsortiums weitaus teurer produzieren, können sich solche Preisabschläge nicht leisten und sind daher in den Verkaufsgesprächen benachteiligt. Nach der internen Planung der Daimler-Benz Aerospace sollen 1996 und 1997 zusammen mindestens 300 Maschinen verkauft werden – nach den jüngsten Mißerfolgen ist das kaum mehr zu schaffen.

### Steuern

## Kohl entsorgt die Ökopläne

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich von Plänen für einen Umbau des Steuersystems nach ökologischen Kriterien verabschiedet. Beim jüngsten Treffen Kohls mit Gewerkschaften und Arbeitgebern hatte Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, über die

hohe Steuerlast geklagt. Daraufhin Kohl: „Herr Henkel, mit mir wird es keine Ökosteuer geben.“ Auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1995 hatte Kohl noch für einen Ökosteuer-Antrag gestimmt. Er sah eine Energiesteuer auf Kohlendioxid in Europa vor.

### Fernsehen

## Ausverkauf in der ARD

Die ARD will im großen Stil Fernsehstudios privatisieren, um Kosten einzusparen und Aufträge von kommerziellen Sendern zu ergattern. So gibt es im Bayerischen Rundfunk (BR) Überlegungen, die TV-Betriebe für die Produktion von Filmen, Shows und Serien für 200 Millionen Mark an einen Investor zu verkaufen, wie es in einem internen Papier heißt. Die Ausgliederung betrifft beispielsweise die Rateshow „Ja oder nein“ mit Joachim Fuchsberger, aber keine Informa-



Fuchsberger-Show „Ja oder nein“

tionssendungen. Der BR gibt offiziell an, er wolle Miteigentümer bleiben, aber auch Partner wie das ZDF, die Filmfirma Bavaria, Banken und TV-Produzenten für die neue Studio-Gesellschaft gewinnen. In dem BR-Papier ist von einem „erzwungenen Verzicht auf Produktionsmittel unter dem Eindruck einer immer enger werdenden Finanzausstattung“ die Rede. Die ARD kritisiert, sie werde bei der für Anfang 1997 vorgesehenen Erhöhung der Rundfunkgebühren um 4,45 Mark auf 28,25 Mark zu schlecht bedacht. Nach Meinung der Gebührenkommission der Länder aber muß die ARD rationalisieren, etwa in der TV-Produktion.

### Zeitungen

## Junge Welt sammelt bei ihren Lesern

Das Überleben der Berliner Tageszeitung *Junge Welt*, nach Selbsteinschätzung „Deutschlands einzige linksradikale Tageszeitung“, ist vorerst gesichert. 141 Zeitungsfreunde haben sich bereit erklärt, bei der im November letzten Jahres gegründeten Genossenschaft LPG junge Welt Linke

Presse- & Verlagsgenossenschaft Anteile über insgesamt 171 000 Mark zu zeichnen; 400 000 Mark zusätzlichen Kapitals erwartet der Verlag im Lauf des Jahres. Das ehemalige FDJ-Blatt, das 1990 eine Auflage von 1,6 Millionen Exemplaren aufwies, hat heute 16 000 Abonnenten.